

## Bremen: Klöckner-VKL Iud zur Diskussion ein

Zum 22.2.1979 hatte die Vertrauenskörperleitung der Klöckner Hütte Bremen zu einer öffentlichen Diskussion über den Stahlstreik aufgerufen. Die Resonanz auf diesen Aufruf zeigte sich in einem vollgefüllten Saal und in der unterschiedlichen beruflichen und betrieblichen Herkunft der Teilnehmer. So waren am Podiumstisch neben den Vertretern der Vertrauenskörperleitung der Klöckner Hütte Vertreter aus dem Funktionärskörper der Mannesmann-Werke Duisburg-Huckingen und der Hoesch-Westfalenhütte Dortmund sowie von der Vulkanwerft in Bremen-Nord vertreten. Die Teilnehmer im Saal waren Kollegen der IG Metall sowohl von der Klöckner Hütte als auch aus verschiedenen Metallbetrieben Bremens. Weiterhin waren Kollegen der IG Druck aus den Bremer Zeitungsbetrieben und aus Hamburg sowie zahlreiche politisch und gewerkschaftlich interessierte Kolleginnen und Kollegen anwesend.

Nachdem die Vertrauenskörperleitung der Klöckner Hütte diese Veranstaltung angegangen war und auch schon erste praktische Schritte unternommen hatte, wurde die Ortsverwaltung der IG Metall Bremen angesprochen. Doch diese zeigte sich verschupft. Sie erklärte, daß die Veranstaltung an ihnen vorbei geplant worden wäre. Außerdem könnte ein IG Metall-Vertrauenskörper nicht zu einer öffentlichen Veranstaltung aufrufen. Hätte in dem Aufruf statt Leitung des Vertrauenskörpers der Klöckner Hütte Bremen »Leitung des IG Metall Vertrauenskörpers« gestanden, so hätten sie einschreiten und die Veranstaltung untersagen müssen. Von den Mitgliedern der Ortsverwaltung erschien daher auch niemand auf der Veranstaltung. Einem IGM-Sekretär, der sein Kommen zugesagt hatte, wurde dies verboten.

Die Vertrauensleute der Klöckner Hütte setzten mit dieser Veranstaltung zum Stahlstreik den Ansatz der Arbeit aus den vorangegangenen Jahren fort, als sie — da sich von offizieller gewerkschaftlicher Seite damals nichts regte — mit Vertrauensleuten der Vulkanwerft an selbiger Stelle eine Solidaritätsveranstaltung für die Zementarbeiter aus Erwitte organisierten, auf der diese dann von ihrem Kampf berichten konnten. Diese Veranstaltung zum Stahlstreik war aber von der Vertrauenskörperleitung der Klöckner Hütte auch in eigener Sache organisiert worden. Sie wollte mit dieser Veranstaltung ihren Dank für die gezeigte Solidarität während des Streiks ausdrücken, zum anderen sollte damit die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Kollegen die Diskussion über den Stahlstreik und seine Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit eröffnen und diese Diskussion sowohl auf betrieblicher als auch auf überbetrieblicher Ebene und mit Kollegen aus anderen Gewerkschaften in Angriff nehmen.

Die Veranstaltung begann mit einer Darstellung der Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzung für die Kollegen der Eisen- und Stahl-Industrie durch einen Kollegen von Mannesmann-Huckingen. Für ihn ergab sich die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zwingend aus dem schon lange absehbaren technologischen Wandel in der Eisen- und Stahl-Industrie. Vor diesem Hintergrund erklärte der Kollege sein Unverständnis gegenüber der Taktik der IGM-Führung, die, nachdem sie die Kollegen erst für diese Forderung »angeheizt« hatte, durch ihre Streikführung und Kompromißbereitschaft zur Niederlage in diesem Streik entscheidend beigetragen hatte. Nach seiner Vorstellung wäre das Streikziel mit einer härteren Gangart der IGM-Führung und zu einem günstigeren Zeitpunkt (im Frühjahr bei Produktionsanstieg) zu erreichen gewesen. Dies war auch der entscheidende Kritikpunkt des Kollegen von Hoesch-Westfalenhütte-Dortmund: eine entschiedene Streikführung hätte den Erfolg gebracht.

In dem Bericht von Klöckner-Bremen wurde die zersetzende Wirkung der Streikführung durch die IGM auf die Kollegen dargestellt. Der Kollege vom Bremer-Vulkan zog Parallelen zum Streik 1974 im Unterwesergebiet, in dem das Streikziel der Kollegen (höhere Löhne und Absicherung der älteren Arbeiter und Angestellten) dadurch unterlaufen wurde, daß in anderen Tarifgebieten Abschlüsse getätigt wurden, die dann den Abschluß im streikenden Tarifgebiet bestimmten.

Die anschließende Diskussion wurde zunächst von Vertretern linker Gruppen bestimmt, die den gewerkschaftlich und

politisch aktiven Kollegen vorwarfen, durch Organisation ihrer Kollegen um »falsche« Ziele der Gewerkschaftsführung in die Hände zu arbeiten: Statt um Arbeitszeitverkürzung sollen die Kollegen um höhere Löhne kämpfen, statt des Kleinkriegs im Betrieb mit Überstundenstops sollen die Kollegen ein gesetzliches Verbot von Überstunden erkämpfen.

Auf diese Beiträge wurde in der weiteren Diskussion nicht weiter eingegangen; den meisten Anwesenden war die oft diskutierte Frage, ob die Linken mit besseren Forderungen bessere Gewerkschaftspolitik machen könnten, nicht der entscheidende Punkt der Diskussion. Wichtig war die Frage — das schälte sich im weiteren Verlauf der Diskussion heraus —: welche politischen Voraussetzungen müssen sich entwickeln, damit der Widerstand der Kollegen gegen die Angriffe der Unternehmer eine weiterführende Perspektive gewinnt und nicht in Niederlagen und Resignation endet.

Dazu wurde in Beiträgen von politisch aktiven Kollegen an Beispielen aus dem Verlauf des Stahlstreiks und des Druckerstreiks 1978 deutlich gemacht, daß die Gewerkschaftspolitik, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, von den Unternehmern in ihre Schranken gewiesen wurde. Mit dem Mittel der Aussperrung gelingt es den Unternehmern, den Arbeitern und ihren Gewerkschaften solange ihren Willen aufzuzwingen, solange diese keinen Weg finden, der die Aussperrung unwirksam macht. Der Gang zu den bürgerlichen Gerichten, den die Gewerkschaftsführung als Mittel gegen die Aussperrung propagiert, hat sich als unwirksam erwiesen.

Der politischen Organisation der Unternehmer, die sich in der gezielten Anwendung der Aussperrung, aber auch in Absprachen zwischen den verschiedenen Unternehmerverbänden zeigt (Tabu-Katalog), haben die Arbeiter noch nichts gleichwertiges entgegengesetzt. Es hat sich in diesen Arbeitskämpfen gezeigt, daß einzelne Gewerkschaften — auch wenn sie noch so entschieden kämpfen wie die Drucker und Stahlarbeiter — nicht stark genug sind, um dieser Unternehmeroffensive Einhalt zu gebieten.

Eine Lehre aus diesen Arbeitskämpfen war, daß es nicht mit den leeren Solidaritätsphrasen der einzelnen Gewerkschaftsführungen getan ist, diese notwendige Solidarität zu verwirklichen. Es wurden Beispiele gebracht, wo Kollegen aus verschiedenen Industriezweigen diese Solidarität in die Tat umsetzen: Unterstützung der streikenden Belegschaften von Weser Kurier und Bremer Nachrichten durch Kollegen aus anderen Betrieben; Aktion der Weser Kurier- und Bremer Nachrichten-Kollegen im Stahlstreik.

Weiter wurde am Beispiel des Stahlstreiks aufgezeigt, wie der Kampf an Stärke dadurch gewann, daß die Kollegen der verschiedenen Stahlbetriebe sich nicht nur darauf beschränkten, Forderungen aufzustellen und zu beschließen, sondern auch bei der Organisation des Streiks zu einer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Betrieben gelangten. Nur so war es zu verhindern, daß die Gewerkschaftsführung den Streik zu einem früheren Zeitpunkt beenden konnte.

Diese Zusammenarbeit der Kollegen aus verschiedenen Betrieben und Branchen wurde als das in die Zukunft Weisende dieser Tarifkämpfe herausgeschält. Eine weiterführende Diskussion über die vor uns liegenden Aufgaben konnte allerdings an diesem Abend nur in Ansätzen stattfinden. Die Tatsache aber, daß eine solche Diskussion zustande kam, wurde von allen Anwesenden als ein Fortschritt empfunden.

**Nachtrag:** Einen Tag später, am 23.2.1979, sendete der Bremer Rundfunk in seiner regelmäßigen aktuellen Abendsendung »Die Zeit im Funk« einen Beitrag über diese Veranstaltung. Ausschnitte von vier Diskussionsrednern wurden gebracht. Außerdem berichtete der Moderator über die Haltung der Ortsverwaltung der IG Metall Bremen zu dieser Veranstaltung. In einem anschließenden Telefongespräch nahm der Pressesprecher beim IG Metall Hauptvorstand zu den Fragen des Moderators Stellung. Das Gespräch hatte sinngemäß folgenden Inhalt:

R. B. (Radio Bremen): Was halten Sie von der Veranstaltung?

IGM: Es ist eine kleine Gruppe enttäuschter Funktionäre  
R. B.: Es haben aber doch viele gegen den Tarifabschluß gestimmt!

IGM: Wir nehmen die Stimmen ernst, aber diejenigen, die den Tarifabschluß abgelehnt haben, denken ganz anders als diese isolierte kleine Gruppe.

R. B.: Was sagen Sie zur Forderung nach Ablösung von Kurt Herb?

IGM: Wir halten ganz bestimmt an ihm fest.

Diese Sendung halten wir insofern für erwähnenswert, da für den Bremer Rundfunk bei den momentanen weltpolitischen Vorgängen, z. B. Konflikt China — Vietnam, kein Themenmangel für eine aktuelle Sendung bestanden haben wird. Daß dennoch ein Beitrag über diese Veranstaltung gesendet wurde, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß die Redakteure diese Arbeiterversammlung für so wichtig hielten, daß sie gegen den Widerstand ihrer Redaktionschefs (SPD) die Ausstrahlung dieser Sendung vornahmen. Bei Radio Bremen läuft seit längerer Zeit eine Auseinandersetzung über die Beteiligung der Mitarbeiter an der Programmgestaltung.

## Veranstaltung zum Stahlarbeiterstreik in Stuttgart

Zum ersten Mal war es in Stuttgart möglich, Kollegen über die Einzelgewerkschaften hinaus zu einer fruchtbaren Diskussion zusammenzuführen. Lehren aus dem Stahl-Streik zu ziehen, und die Bereitschaft, die eigene betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit zur Diskussion zu stellen, ist für viele Kollegen so dringend, daß die Mahnung von Jürgen Hesse (Gewerkschaft Bau-Steine-Erden) unnötig war, den Hick-Hack zwischen verschiedenen Organisationen zurückzustellen, weil sonst derartige Veranstaltungen unmöglich gemacht würden.

Zu der Diskussion waren ca. 100 Kollegen, vorwiegend gewerkschaftlich organisierte, erschienen. Viele von ihnen haben gewerkschaftliche und betriebliche Funktionen (Vertrauensmänner, Betriebsräte, Mitglieder der großen Tarifkommission der IGM usw.). Sie kommen aus den unterschiedlichsten politischen Gruppierungen. Um über den Streik zu berichten, waren Kollegen von Mannesmann, Huckingen und Klöckner, Bremen gekommen. Gemeinsam war allen das Verständnis, daß die Auseinandersetzung im Stahlbereich nicht irgendeine Tarifrunde war, sondern eine grundsätzliche um das derzeitige und künftige Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Und ebenso, daß die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche an die Gewerkschaft und die Kollegen die Frage stellt, wie sie auf die fast in allen Branchen und Bereichen stattfindende oder noch kommende Rationalisierung reagieren. Das war die Voraussetzung für eine offene und solidarische Diskussion. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten die Kollegen aus Huckingen und Bremen, indem sie konkret den Streikverlauf schilderten und aufzeigten, wo die Gewerkschaftsführung Grenzen gezogen hatte.

In der Frage, was bei dem Streik nach dessen Abbruch noch »rauszuholen« gewesen wäre, gab es bei den Stahlkollegen zwei unterschiedliche Einschätzungen: Die Kollegen von Mannesmann vertraten die Auffassung, daß ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu schaffen gewesen wäre, wenn der Streik noch ein paar Wochen länger gedauert hätte. Die Voraussetzung für ein Fortdauern des Streiks wäre vorhanden gewesen, die Streikfront hätte noch gestanden.

Der Kollege aus Bremen vertrat die Auffassung, daß die Frage nicht Verlängerung des Streiks heißen habe. Der organisierten Kraft der Unternehmer wäre nur dann etwas entgegenzusetzen gewesen, wenn andere Einzelgewerkschaften und auch die IGM in größerem Rahmen in die Auseinandersetzung eingegriffen hätten. Zu dieser politischen Auseinandersetzung konnte sich der DGB nicht entschließen.

Von den Stahlkollegen wurde jedoch unterstrichen, daß die von der ÖTV und anderen Einzelgewerkschaften gezeigten Solidaritätszeichen (Päckchen, Geldspenden usw.) während des Streiks wichtig waren und als Ausdruck von Anteilnahme aufgefaßt wurden. Zu den Erfahrungen mit der Gewerkschaftsführung wurde von den Stahlkollegen im wesentlichen die Meinung vertreten:

Mehr Demokratie innerhalb der Gewerkschaft sei nötig, d. h. mehr Kontrollrecht der Gremien und der Vertreter durch die Basis, Ausüben des imperativen Mandates. Dabei ist das Auswählen oder Austauschen von Personen nicht die Hauptfrage. Wichtiger ist, wie wir uns im Betrieb unter den Kollegen verankern können. Die Frage, was in Zukunft durchsetzbar ist und was nicht, bestimmt sich aus dieser Stärke heraus.

Daß während der Veranstaltung die Probleme offen ausgesprochen wurden, drückt das Bedürfnis nach solchen Diskussionen und Kontakten aus. Es zeigt auch, daß das Selbstbewußtsein der Kollegen zu wachsen beginnt. Das

stellte auch der Kollege Hermann Mühleisen von Daimler-Benz, Untertürkheim, fest, indem er den Mut der Kollegen von Huckingen und Bremen lobte, angesichts der Ausschlußgefahr durch die Gewerkschaftsführung diese trotzdem so deutlich zu kritisieren. Die Kollegen von Mannesmann zweifelten, daß ihr Verhalten »mutig« sei, sie drückten lediglich das aus, was ihre Kollegen bei Mannesmann an Erfahrungen gemacht hätten, und vom Kollegen aus Bremen war zu hören, daß man in dieser Situation lange nach einem Judas suchen müsse, der gegen sie einen Ausschlußantrag stelle.

Diese Veranstaltung war ein erster Schritt in Stuttgart, daß Kollegen trotz unterschiedlicher politischer Auffassung beginnen, sich für eine gemeinsame politische Diskussion einzusetzen. Am 31. März soll auf der gleichen Grundlage eine Veranstaltung mit Kollegen aus den elsässischen, lothringischen und saarländischen Stahlbereichen stattfinden.

## Veranstaltung zum Stahlstreik in Frankfurt

Am 17.2. fand in Frankfurt eine Veranstaltung zur Auswertung des Stahlstreiks statt. Sie war von mehreren Frankfurter Kollegen vorbereitet worden, als Veranstalter trat der Aktionskreis Leben (AKL) auf.

Zu der Veranstaltung kamen ca. 300 Kollegen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften, z. T. auch von außerhalb, z. B. Kollegen von Michelin aus Karlsruhe. Auf dem Podium saßen je 2 Vertreter von Mannesmann, Klöckner, Thyssen und ein Kollege von Hoesch.

Aus allen Berichten zum Streikverlauf wurde deutlich, daß die Stahlarbeiter erst im Verlaufe des Arbeitskampfes die Forderung nach der 35-Std.-Woche zu ihrer eigenen machten, indem sie sie mit dem Kampf gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze verbanden. Soweit die Kollegen in den Streik einbezogen waren, haben sich neue Formen der Zusammenarbeit sowohl innerbetrieblich als auch über die einzelnen Betriebe hinaus — vor allem im Ruhrgebiet — herausgebildet.

Diskussion und Fragen entwickelten sich an folgenden Punkten:

— Endete der Arbeitskampf mit einer Niederlage oder nicht?

Hier waren alle Diskussionsredner der Meinung, daß bezogen auf das materielle Ergebnis der Arbeitskampf eine Niederlage bedeutet (vor allem die Festschreibung der 40-Std.-Woche), daß aber für uns im Vordergrund stehen müsse, daß sich unter den Kollegen ein größerer Zusammenhalt entwickelt hat.

— Ist das Ergebnis des Streiks Resultat einer Führungskrise in der IGM?

Es wurde deutlich, daß die Halbheiten, mit denen die IGM diesen Streik geführt hat, Ausdruck ihrer zunehmend schwieriger werdenden Rolle als Sozialpartner in der BRD sind.

Die Meinung vieler Kollegen, daß als Folge der halbherzigen Streiktaktik Veränderungen in der Organisationsstruktur der IGM im Mittelpunkt stehen müßten, konnte hierbei nur andiskutiert werden.

— Was bedeutet »politischer Kampf gegen die Aussperrung«? Ist es nicht wichtiger, »den Kollegen die nächsten Schritte im Betrieb anzugeben«?

Hier konnte in der Veranstaltung selbst nicht deutlich genug herausgearbeitet werden, daß es dazwischen keinen Gegensatz gibt und daß eine politische Orientierung notwendig ist, um auch »die nächsten Schritte« im Kampf gegen den Unternehmerangriff gehen zu können.

— Was bedeutet der Arbeitskampf für die Kollegen in der Druckindustrie? Hat es einen Sinn, sich in der kommenden Tarifausschließung um die 35-Stunden-Woche aktiv einzusetzen, wenn man davon ausgeht, daß die IG Druck nicht das durchsetzen kann, womit die IGM gescheitert ist? Abgesehen von der Forderung nach rechtzeitiger Offenlegung der Streikstrategie und -taktik der IG Druck, war es hier am schwierigsten, Antworten auf die Frage nach dem praktischen Verhalten zu geben. Auf die direkte Frage eines Druckers an die Kollegen aus den Stahlbetrieben nach möglicher Solidarität in einem kommenden Arbeitskampf der Drupa um die 35-Stunden-Woche wurde mit Skepsis geantwortet.

Die Veranstaltung, die 5 Stunden dauerte, war — ungewöhnlich für Frankfurter Verhältnisse — insgesamt geprägt durch eine sehr ruhige, sachliche und disziplinierte Form der Diskussion. Sie war ein Schritt auf dem Wege zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen aktiven Kollegen aus verschiedenen Bereichen und Branchen.